

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft

Haushaltsplan 2005/2006

Hier: Haushaltsjahr 2006, Nachbewilligungen nach § 33 Landeshaushaltsordnung (LHO)

1. Anlass und Zweck der Mitteilung

Mit dieser Drucksache legt der Senat der Bürgerschaft eine Sammelvorlage zu notwendigen Nachbewilligungen und Änderungen zum Haushaltsplan 2005/2006 betreffend das Haushaltsjahr 2006 vor. Die Nachbewilligungen betreffen Anpassungen, die auf Grund zwischenzeitlich eingetretener oder absehbarer Entwicklungen erforderlich werden.

Das Gesamtfinanzierungsdefizit 2006 (-864,0 Mio. Euro) ändert sich durch die Nachbewilligungen nicht, da die Mehrbedarfe in Höhe von rd. 95 Mio. Euro entweder durch Mehreinnahmen in Form von Bundeserstattungen, durch haushaltsneutrale Umschichtungen oder durch entsprechende Minderbedarfe an anderer Stelle finanziert werden (vgl. Anlage 1).

2. Die Nachbewilligungen nach § 33 LHO im Einzelnen¹⁾

2.1 Einzelplanübergreifende Anpassungen

Umsetzung des SGB II in Hamburg

– Ausgangslage – Rechtliche Grundlagen und Finanzierungsregelungen

Die Bürgerschaft hat in ihrer Sitzung am 13. Dezember 2004 der Drucksache 18/997 „Vertrag über die Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) und der Hamburger Agentur für Arbeit; Auswirkungen des SGB II auf den Haushalt der FHH“ zugestimmt. Nach der Gründung der Arbeitsgemeinschaft (team.arbeit.hamburg) gemäß § 44 b SGB II i. V.m. § 94 SGB X stellen beide Vertragspartner seit dem 1. Januar 2005 sukzessive das benötigte Personal zur Verfügung.

Eckpunkte des Vertrages sind die folgenden Regelungen:

- Die Vertragspartner stellen der team.arbeit.hamburg das zur Erfüllung der ihr übertragenen Aufgabenwahrnehmung erforderliche Personal zur Verfügung. Die Träger gewährleisten im Falle von Personalwechseln ihrer Mitarbeiter eine Nachbesetzung (§ 10).
- Die Dienstgebäude der team.arbeit.hamburg sind in einer Anlage zum Vertrag festgelegt, können aber durch Folgevereinbarungen der Träger angepasst werden (§ 11).
- Aufwendungen für Verwaltung, Erhaltung und Betrieb einer von der team.arbeit.hamburg genutzten Liegenschaft trägt der Vertragspartner, der die jeweilige Liegenschaft zur Verfügung stellt. Diese Aufwendungen fließen in den Ausgleich der eingebrachten Sachmittel gemäß § 16 ein (§ 15).
- Soweit von Hamburg eingebrachtes Personal Agentur-Aufgaben erfüllt, erhält Hamburg eine Erstattung seiner entsprechenden Kosten. Soweit Personal, das die Agentur eingebracht hat, Hamburger Aufgaben erledigt, erstattet die FHH der Bundesagentur die Kosten (§ 16).
- Soweit Sachmittel, die Hamburg eingebracht hat, für die Erledigung von Agentur-Aufgaben eingesetzt werden, erhält die FHH einen entsprechenden Anteil an der Erstattung des Bundes. Soweit Sachmittel, die die Agentur eingebracht hat, für die Erledigung von Hamburger Aufgaben eingesetzt werden, erstattet die FHH der Bundesagentur die Kosten (§ 16).

¹⁾ Die Ansatzänderungen finden sich im Einzelnen in den Anlagen 2 und 3 zu dieser Drucksache.

Neben den Eingliederungsmitteln stellt der Bund der team.arbeit.hamburg in 2006 ein Verwaltungsbudget in Höhe von 94,815 Mio. Euro zur Verfügung. Dieses Budget deckt den Anteil des Bundes an den Verwaltungskosten der team.arbeit.hamburg in Höhe von 87,4%. Darüber hinaus ist die FHH verpflichtet, einen kommunalen Finanzierungsanteil in Höhe von 12,6% zu tragen.

Der Bund erstattet Hamburg die Verwaltungskosten, die der FHH für die Erfüllung von Bundesaufgaben entstehen, Hamburg wiederum erstattet dem Bund dessen Verwaltungskosten, die auf kommunale Aufgaben entfallen (im wesentlichen Leistungen für Unterkunft und Heizung). Die Erstattung ist vom Bund für 2006 ff auf 12,6% festgelegt worden, soweit keine anderen vertraglichen Regelungen bestehen oder eine Spitzermittlung des kommunalen Aufwands vorgenommen werden kann.

– Entwicklung der Fallzahlen und des Stellen-Solls von team.arbeit.hamburg

Bei der Veranschlagung des Haushalts 2005/2006 wurde im Oktober 2004 von 158.765 Hilfeempfängern in 88.203 Haushalten (Bedarfsgemeinschaften) ausgegangen. Im Juli 2006 bezogen aber schon 198.693 Menschen (davon 145.244 erwerbsfähige Personen) in 113.566 Bedarfsgemeinschaften Leistungen nach dem SGB II. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften liegt also um 25.363 Haushalte über der Prognose, die der Leistungsempfänger um 39.928 Personen. Diese gestiegenen Fallzahlen erfordern eine Aufstockung des Personals der team.arbeit.hamburg.

Zum Arbeitsbeginn der team.arbeit.hamburg im Januar 2005 ging man von einem Stellen-Soll von 1.356 Stellen aus, von denen in der ARGE insgesamt 1.051,4 Stellen besetzt waren (davon FHH Anteil: 541,5 Stellen). Im Zuge der Fallzahlerhöhungen und der damit verbundenen Beschlüsse der Trägerversammlungen von team.arbeit.hamburg stieg der Stellen-Bedarf sukzessive auf 1.734 Stellen (Juli 2005). Mit Stand August 2006 sind 1.502 Stellen besetzt.

Die FHH übernimmt aus dem Kapazitätsplan die Besetzung eines Stellen-Solls von 756 Stellen. Zurzeit sind 638 Stellen besetzt. Um die Zielzahl des Stellen-Solls zu erreichen, sind 118 Stellen zusätzlich gegenüber dem Stand der Drucksachen 18/997 und 18/3193 ausgeschrieben worden. Dieses Personal wird gemäß Vereinbarung nach § 94 des Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes vom 27.09.2004 in die jeweiligen Bezirksämter und in die Behörde für Wirtschaft und Arbeit mit dem Ziel der Zuweisung in die entsprechenden Standorte bzw. in die Zentrale von team.arbeit.hamburg versetzt.

– Auswirkungen auf den Haushalt

Durch die mit der Drs. 18/3193 (Haushaltsplan 2005/2006 – nachträgliche Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben im Haushaltsjahr 2006) genehmigte Personalaufstockung ergibt sich für 2006 eine Erhöhung bei den Personalkosten-Ansätzen von 24,857 Mio. Euro um 8,477 Mio. Euro auf 33,334 Mio. Euro. Durch die weitere Personalaufstockung um die o.g. 118 Stellen wird in 2006 eine weitere Erhöhung um 1,499 Mio. Euro auf 34,833 Mio. Euro ausgelöst.

Die für die o.a. Personalaufstockung erforderlichen Planstellen, die nicht aus dem vorhandenen Bestand bereitgestellt werden konnten, sollen mit dieser Druck-

sache eingeworben werden. Sie sind in der Anlage 4 mit ihrer Zuordnung zum jeweiligen Einzelplan und ihrer Wertigkeit zusammengestellt.

Bei den Sachausgaben besteht ein Mehrbedarf in 2006 von 3,033 Mio. Euro. Die Anpassungsbedarfe resultieren hauptsächlich aus Kosten für die Herrichtung von Diensträumen, für deren Ausstattung und für Umzüge.

Insgesamt (Sach- und Personalausgaben) steigen die Verwaltungsausgaben Hamburgs für die ARGE von bisher veranschlagten 26,659 Mio. Euro um 13,009 Mio. Euro auf 39,668 Mio. Euro. Durch die Mehrausgaben wird eine weitere Annäherung an die vom SGB II vorgeschriebene Relation von Mitarbeitern zu Fallzahlen von 1:125 für über 25jährige und von 1:75 für unter 25jährige erreicht. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplans 2005/2006 wurde eine Entwicklung der Fallzahlen in der vorgenannten Dimension nicht erwartet.

Unter Berücksichtigung des von Hamburg an die Agentur zu zahlenden kommunalen Finanzierungsanteils von 12,6% stehen zur Deckung beim Titel 9890.231.01 „Erstattungen des Bundes für Sach- und Personalausgaben der team.arbeit.hamburg“ 32,216 Mio. Euro und damit Mehreinnahmen von 6,216 Mio. Euro zur Verfügung. Darüber hinaus wird der Titel 7450.684.01 „Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt durch Fördermaßnahmen“ um 6,793 Mio. Euro herabgesetzt. Die Deckung aus diesem Titel ist möglich und gerechtfertigt, weil Personalaufstockung und Verstärkung der team.arbeit.hamburg unmittelbar die Betreuung, Beratung und Vermittlung von Arbeitssuchenden verbessert.

Die Mehrausgaben in 2006 werden in den Einzelplänen der Bezirksämter und der Behörde für Wirtschaft und Arbeit jeweils bei den Titeln für „Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan XX“ (461.01) und „Zentral veranschlagte Sachausgaben im Zusammenhang mit der team.arbeit.hamburg“ (547.06) veranschlagt.

Eine Gesamtübersicht der Ansatzänderungen im Rahmen der Umsetzung des SGB II in Hamburg ist als Anlage 2 beigelegt.

Weltzukunftsrat (Titel 3400.686.01)

Der Weltzukunftsrat (WZR) ist ein von dem Gründer des Alternativen Nobelpreises, Jakob von Uexküll, initiiertes Projekt zur Aufarbeitung der bedeutsamen ethischen, ökologischen und ökonomischen Fragen der Zukunft. Er wird aus rd. 100 angesehenen Persönlichkeiten internationaler Herkunft bestehen und von 24 wissenschaftlich arbeitenden Kommissionen unterstützt werden.

Der Hauptsitz des WZR wird noch im Jahr 2006 in Hamburg eingerichtet. Der Gründungskongress soll im Mai 2007 in Hamburg stattfinden; auch zukünftig wird der WZR seine jährlich stattfindenden Hauptversammlungen in der Stadt durchführen.

In Zusammenarbeit mit der Hamburger Privatwirtschaft sollen dem WZR in den nächsten drei Jahren insgesamt 5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Der staatliche Anteil beträgt dabei 2,5 Mio. Euro. Mit dieser Zuwendung ermöglicht Hamburg dem WZR den Aufbau einer Infrastruktur und sichert die Finanzierung der nächsten Kongresse.

Die Zuwendungsfinanzierung erfolgt über den Titel 3400.686.01. Vorgesehen sind Zuwendungen in Höhe von 0,5 Mio. Euro in 2006 und je 1,0 Mio. Euro in 2007 und 2008.

Patronatserklärung und Steuernachzahlung TuTech Innovation GmbH (Titel 3660.682.01)

Die Bürgerschaft hat mit Drucksache 17/3976 dem Zusammenschluss der TuTech GmbH, des TBZ und der c:bs GmbH zur TuTech Innovation GmbH (TTI) mit Wirkung ab 1. Januar 2004 zugestimmt. Mit der Drucksache wurde eine Patronatserklärung für die Jahre 2005 und 2006 bis zur Höhe von 0,2 Mio. Euro pro Jahr abgegeben. Im Jahr 2004 entstand ein Jahresfehlbetrag von 0,2 Mio. Euro und in 2005 von 0,186 Mio. Euro. Diesen Fehlbetrag wird die BWF der Gesellschaft in 2006 zur Verfügung stellen (Titel 3660.682.01). Deckung in Höhe von 0,386 Mio. Euro erfolgt aus dem Einzelplan 7 (Titel 7300.683.02 und 7300.686.12).

Mit Beschlussfassung der Drucksache 17/3976 war nicht abzusehen, dass sich eine Steuernachforderung in Höhe von 0,203 Mio. Euro ergeben würde. Diese Nachforderungen sind auf die Geschäftstätigkeit der c:bs GmbH zurückzuführen und nicht durch die Patronatserklärung abgedeckt. Gleichwohl gefährden die Steuernachforderungen die Liquidität des neuen Unternehmens und gehören damit zu den Risiken des Zusammenschlusses der TuTech GmbH, des TBZ und der c:bs GmbH, von denen die daraus hervorgegangene TTI nach den Intentionen der o. g. Drucksache freigehalten werden sollte. Daher soll der Gesellschaft diese Nachforderung in 2006 aus dem Einzelplan 7 (Titel 7300.891.03, Deckung aus dem Titel 7300.892.03) erstattet werden.

2.2 Einzelplanbezogene Änderungen

2.2.1 Anpassungen im Einzelplan 2

Gemeinsames Mahngericht der Länder Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern (Titel 2110.111.56)

Die Bürgerschaft hat der Errichtung des gemeinsamen Mahngerichts am 28. September 2005 mit Drucksache 18/2754 zugestimmt und – ausgehend von 60.000 erwartenden Mahnverfahren – sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben des Haushaltsplans 2006 insgesamt um 1,085 Mio. Euro erhöht.

Auf Basis der bisherigen Fallzahlentwicklung ist für das Jahr 2006 mit rund 40.000 Verfahren zu rechnen, so dass für das Haushaltsjahr 2006 bei den Hamburg verbleibenden Einnahmen ein Rückgang von 0,248 Mio. Euro zu erwarten ist. Diesen Mindereinnahmen (Titel 2110.111.56) stehen Minderausgaben bei den Personalkosten und den Zustellkosten für das Mahnverfahren in entsprechender Höhe (Titel 2110.425.91, 2110.435.91 und 2110.511.01) gegenüber.

2.2.2 Anpassungen im Einzelplan 3.2

Mehrkosten beim Institut für die Geschichte der deutschen Juden, bei der Forschungsstelle für Zeitgeschichte und beim Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (Titel 3410.685.12, 3410.685.20, 3410.685.21)

In 2006 entstehen bei den vorgenannten Einrichtungen Mehrkosten durch die Verzögerung des Umzugs in das künftige gemeinsame Domizil Monetastraße 5 (ehemaliges Finanzamt Schlump). Daneben sind höhere Leistungen für die Zusatzversorgung erforderlich, die

im Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008 bereits veranschlagt sind, im Jahr 2006 aber noch nicht berücksichtigt wurden. Die Mehrkosten für die o.g. Einrichtungen betragen insgesamt 0,120 Mio. Euro (Titel 3410.685.12, 3410.685.20, 3410.685.21) und werden durch Umschichtungen innerhalb des Einzelplans 3.2 (Titel 3660.971.18) finanziert.

2.2.3 Anpassungen im Einzelplan 3.3

Investitionszuschuss Tierpark Hagenbeck (Titel 3720.892.06)

Der Senat beabsichtigt, sich an den vom Tierpark Hagenbeck vorgesehenen Investitionen in Höhe von rd. 4,0 Mio. Euro mit einem Volumen von 1,5 Mio. Euro zu beteiligen (Titel 3720.892.06). Der Investitionszuschuss soll insbesondere einer Reihe von investiven Instandsetzungs- und Restaurationsmaßnahmen an den Felsenanlagen sowie Maßnahmen zur Verbesserung der artgerechten Haltung im Tierpark dienen.

2.2.4 Anpassungen im Einzelplan 4

Einzelfallfinanzierte Hilfen nach dem SGB VIII (Titel 4460.671.86, 4450.671.86)

Die verfügbaren Mittel bei den Hilfen zur Erziehung (Titel 4460.671.86) sowie bei den Gemeinsamen Wohnformen nach § 19 SGB VIII (Titel 4450.671.86) werden in 2006 nicht ausreichen, um die tatsächlichen Bedarfe bei diesen gesetzlichen Leistungen abzudecken. Die im angepassten Haushaltsplan 2006 (Drucksache 18/3419) für diese Hilfen veranschlagten Mittel basierten auf den Fallzahlen im September 2005. Im Haushaltsverlauf 2006 ergeben sich demgegenüber gestiegene Fallzahlen, die zu höheren Ausgaben führen.

Bei den Hilfen zur Erziehung liegt die aktuelle jahresdurchschnittliche Fallzahl um 272 Fälle höher als in der Planung angenommen. Deutlich gestiegen sind die Fallzahlen im Bereich der familienunterstützenden und -ergänzenden Hilfen, hier insbesondere bei der Sozialpädagogischen Familienhilfe nach § 31 SGB VIII. Die aktuelle jahresdurchschnittliche Anzahl an Sozialpädagogischen Familienhilfen beläuft sich auf 944 Fälle. Auf Grund der bisher zu verzeichnenden durchschnittlichen monatlichen Steigerungsrate (3,33% bzw. rd. 31 Fälle) wird für das Gesamtjahr mit einer jahresdurchschnittlichen Anzahl von 1.070 Fällen an Sozialpädagogischen Familienhilfen gerechnet. Die Fallzahlen für die anderen Hilfearten sind an die aktuellen Werte (Stand Ende August) angepasst worden. Da deren Entwicklung jedoch eher stabil verläuft, werden bei diesen Hilfen für den weiteren Jahresverlauf keine Veränderungen angenommen. Ausgelöst durch die Fallzahlsteigerungen ergibt sich auch eine Erhöhung der fallindividuellen Zusatzkosten (gesondert zu leistende Aufwendungen).

Bei den Hilfen nach § 19 SGB VIII (Gemeinsame Wohnformen) hat sich die Fallzahl bis Ende August auf 73 gegenüber einer erwarteten Inanspruchnahme von 67 Plätzen erhöht.

Der prognostizierte Mehrbedarf bei den Titeln 4460.671.86 und 4450.671.86 beläuft sich insgesamt auf 8,113 Mio. Euro.

Kindertagesbetreuung (Titel 4500.671.01)

Im Bereich der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (Titel 4500.671.01) besteht ein Mehrbedarf in Höhe von rd. 5,4 Mio. Euro, insbesondere auf Grund

eines Anstiegs der Zahl der betreuten Kinder im Kita-Gutschein-System. Der Mehrbedarf beläuft sich insgesamt auf rd. 8,2 Mio. Euro; er kann jedoch zu einem Teil aus übertragenen Haushaltsresten des Jahres 2005 gedeckt werden.

Der Berechnung des Mehrbedarfs liegen die Fallzahlen mit Stand Juni 2006 zugrunde. Nach diesem Stand werden für 2006 jahresdurchschnittlich 55.380 betreute Kinder im Kita-Gutschein-System erwartet. Dies entspricht einer Steigerung von 1.750 jahresdurchschnittlich betreuten Kindern gegenüber den Annahmen der Haushaltsplanung.

Auf Grund der Ende 2005 für das Jahr 2006 noch nicht sicher abschätzbaren höheren durchschnittlichen Kinderzahl ist für einen ggf. entstehenden Mehrbedarf mit der Drucksache 18/3419 Vorsorge im Einzelplan 9.2 getroffen worden (Titel 9890.971.03 – Rückstellung für Mehraufwendungen), die jetzt zur Finanzierung in Anspruch genommen wird.

	Planung 2006	Stand Ende Juli 2006	Durchschnitt Jan.-Juli 2006
Leistungsberechtigte nach dem SGB II	188.986	198.693	196.552
Leistungsberechtigte nach dem SGB XII, Kapitel 3 – Sozialhilfe	2.903	3.139	3.231
Leistungsberechtigte nach dem SGB XII, Kapitel 4 – Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen	17.014	18.171	17.809

Weitere Abweichungen gegenüber der Veranschlagung ergeben sich aus der bisherigen Ausgabenentwicklung bei den Kosten pro Empfänger, die bei den Kosten der Leistungsbezieher der Grundsicherung und der SGB II-Leistungen über, bei den Empfängern von Sozialhilfeleistungen unter den veranschlagten Werten liegen.

Bei der Krankenhilfe ergeben sich Mehrbedarfe wegen der in der Veranschlagung für 2006 noch nicht berücksichtigten höheren Pro-Kopf-Ausgaben und insbesondere der auch noch in diesem Jahr in erheblichem Umfang periodenfremd zu leistenden Ausgaben für in Vorjahren für Sozialhilfeempfänger durch die Krankenkassen erbrachten Leistungen.

Nach der aktuellen Prognose wird daher für 2006 bei den Hilfen zum Lebensunterhalt und bei den Krankenhilfen mit Mehrausgaben von insgesamt rd. 65,4 Mio. Euro gerechnet, die nicht im Deckungskreis 45 aufgefangen werden können und daher nachgefordert werden müssen.

Die Mehrbedarfe verteilen sich im Wesentlichen auf folgende Leistungsarten:

- Kosten der Unterkunft und Heizung für Leistungsberechtigte nach dem SGB II (21,3 Mio. Euro)
- Grundsicherung und Kosten der Unterkunft für Leistungsberechtigte nach Kapitel 4 SGB XII (6,7 Mio. Euro)
- Krankenhilfen (34,7 Mio. Euro).

Sozialhilfe

Kapitel 4610 „Hilfen zum Lebensunterhalt“ und Kapitel 4630 „Krankenhilfen“

Die Entwicklung der Ist-Ausgaben und Fallzahlen im Bereich der Sozialhilfe weicht in Teilen erheblich von den der Veranschlagung im Haushaltsplan 2006 zugrunde gelegten Annahmen ab. Insbesondere die Zahl der Leistungsbezieher von Sozialhilfe und Grundsicherung (SGB XII) sowie der Empfänger der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) liegt nach der bisherigen und der bis Jahresende erwarteten Entwicklung deutlich über den veranschlagten Annahmen. Die mit der Drucksache 18/3419 vorgenommene Anpassung der Sozialhilfeansätze im Kapitel 4610 „Hilfen zum Lebensunterhalt“ erfolgte auf Basis der Fallzahlen Ende Oktober 2005 und ging von der Annahme gleich bleibender Fallzahlen für das Jahr 2006 aus. Entgegen dieser Annahme sind die Fallzahlen für die Bezieher von Leistungen nach dem SGB II und dem SGB XII gestiegen:

Den Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen von rd. 6,7 Mio. Euro bei der Erstattung der Kosten der Unterkunft durch den Bund (Titel 4610.231.05) gegenüber.

Im Einzelnen ergeben sich folgende Veränderungen:

- Sozialhilfe, SGB XII, Kap. 3 (Titel 4610.681.01 und 4610.681.08)

Während bei der Hilfe zum Lebensunterhalt trotz gestiegener Fallzahlen durch geringere Fallkosten ein Ergebnis für 2006 unter der Veranschlagung erwartet wird, ist bei den Kosten der Unterkunft und Heizung infolge der gestiegenen Heizungs- und Energiepreise der Ansatz nicht auskömmlich.

- Grundsicherung, SGB XII, Kap. 4 (Titel 4610.681.09 und 4610.681.30)

Es wird von einem weiteren Anstieg der Zahl der Leistungsbezieher der Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen bis zum Jahresende 2006 ausgegangen (Anfang Januar 2006: 17.268 Personen, Ende Juli 2006: 18.171 Personen, Ende Dezember 2006: 18.444 Personen). Die über der Veranschlagung liegenden Jahresfallzahlen und die höheren Kosten für Unterkunft und Heizung lösen bei beiden Titeln Mehrbedarfe aus.

- Grundsicherung für Arbeitssuchende, SGB II (Titel 4610.681.07, 4610.681.11, 4610.231.05)

Die Zahl der Leistungsberechtigten nach dem SGB II (Kosten der Unterkunft und Heizung sowie Einmalige Leistungen) ist in der ersten Jahreshälfte gegenüber den der Veranschlagung zugrunde geleg-

ten Annahmen stark gestiegen (Anfang Januar 2006: 188.842 Personen; Ende August 2006: 198.008 Personen). Zusätzlich zur Fallzahlsteigerung wirken sich auch höhere Kosten für Unterkunft und Heizung aus. Für die zweite Jahreshälfte wird mit keinem weiteren Fallzahlenanstieg gerechnet.

Der beim Titel 4610.681.07 erforderliche Mehrbedarf wird in Höhe von 29,1 % durch Erstattungen des Bundes refinanziert (Titel 4610.231.05)

- Gesundheitshilfen, SGB XII (Titel 4630.671.01-09 und 4630.681.01-09)

Im Bereich der Gesundheitshilfe sind – bei verfügbaren Mitteln in Höhe von rd. 36,4 Mio. Euro – bis Ende August 2006 bereits 43,0 Mio. Euro verausgabt worden. Ursächlich für den Mehrbedarf gegenüber der bisherigen Veranschlagung sind zum einen die auch bei der Planung 2006 noch nicht berücksichtigten höheren Pro-Kopf-Ausgaben je Hilfeempfänger. Daneben sind auch noch in 2006 periodenfremde Zahlungen an Krankenkassen für bisher noch nicht abgerechnete Leistungen für Sozialhilfeempfänger aus vorhergehenden Jahren zu leisten.

2.2.5 Anpassungen im Einzelplan 8.1

Abgeltung zusätzlicher Überstunden bei der Polizei

Die Ausgaben für Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft 2006 sind weitgehend abgerechnet; gegenüber der ursprünglichen Planung (vgl. Drucksache 18/3924) ist ein Minderbedarf in Höhe von 1.001 Tsd. Euro entstanden. Diese Berechnung berücksichtigt allerdings noch nicht Kosten im Umfang von 1.986 Tsd. Euro, die durch nicht prognostizierte Mehrarbeitsstunden bei der Polizei vor allem durch ausfallende auswärtige Vollzugskräfte sowie durch den großen Zuschauerzulauf beim FIFA-Fan-Fest entstanden sind. Der Senat beabsichtigt, die zusätzlich geleisteten Überstunden finanziell auszugleichen und beantragt mit dieser Drucksache die Bewilligung der dafür erforderlichen Mehrausgaben.

2.2.6 Anpassungen im Einzelplan 9.1

Dienstleistungshonorare ImmobilienServiceZentrum (Titel 9090.535.01)

Für die Dienstleistungen des ImmobilienServiceZentrums (ISZ) ist ein Mehrbedarf für die Vergütungszahlungen auf Grund des Mehraufwands für das gegenwärtig wahrgenommene Vertragsmanagement sowie der neuen Aufgabe „Wahrnehmung der Vermieterfunktion im Rahmen von PRIMO“ im Haushaltsjahr 2006 in Höhe von 0,236 Mio. Euro zu verzeichnen. Der Ansatz beim Titel 9090.535.01 soll daher um 0,236 Mio. Euro erhöht werden.

Zur Deckung des Mehrbedarfs wird der Ansatz beim Titel 9890.517.05 „Grundsteuer“ um den entsprechenden Betrag abgesenkt. Diese Mittel werden in 2006 nicht benötigt.

2.2.7 Finanzierung der Mehrbedarfe

Die oben erwähnten Mehrbedarfe werden zum Teil – wie oben einzeln dargestellt – durch Mehreinnahmen in Form von Bundeserstattungen oder Mittelumschichtungen innerhalb der Einzelpläne finanziert. Die übrigen Mehrbedarfe werden im Wesentlichen durch die Inanspruchnahme der Titel

- 9890.971.03 „Rückstellung für Mehraufwendungen“,
- 9700.461.01 „Zentral veranschlagte Personalausgaben“ und
- 9700.682.02 „Mehrbedarf für Landesbetriebe, Zuwendungsempfänger auf Grund von Tarif- und Besoldungsänderungen u. a.“

gedeckt (vgl. im Einzelnen die Ansatzänderungen in Anlage 3). Die Finanzierung aus diesen Titeln ist möglich, da durch den im Mai 2006 erfolgten Abschluss des neuen Tarifvertrages (TV Länder) die in 2006 zentral vorgehaltenen Mittel für die Tarifvorsorge (9700.461.01 und 9700.682.02) nicht benötigt werden. Darüber hinaus werden zentral vorgehaltene Mittel für die allgemeine Risikoversorge (9890.971.03) zur Finanzierung herangezogen.

2.3 Haushaltstechnische Anpassungen

Ergänzend zu den oben genannten Anpassungen werden weitere haushaltstechnische Anpassungen in den Einzelplänen 2, 3, 3 und 6 (Einrichtung von Leertiteln, Änderungen von Haushaltsvermerken) vorgenommen, die aus Anlage 3 ersichtlich sind.

3. Petikum

Der Senat beantragt, die Bürgerschaft wolle

1. von den Ausführungen dieser Drucksache Kenntnis nehmen,
2. die in den Anlagen 2 und 3 aufgeführten Ansatzänderungen für das Haushaltsjahr 2006 beschließen und
3. den in Anlage 4 aufgeführten Stellenplanänderungen im Stellenplan 2006 zustimmen.

Anlagen

Anlage 1:
Übersicht über Einnahme- und Ausgabeveränderungen nach Einzelplänen

Anlage 2:
Ansatzänderungen im Rahmen der Umsetzung des SGB II

Anlage 3:
Ansatzänderungen im Rahmen der übrigen Nachbewilligungen

Anlage 4:
Änderungen zum Stellenplan 2006

Übersicht über Einnahme- und Ausgabeänderungen nach Einzelplänen

Bezeichnung	besch. Haushaltsplan*		2006 Beträge in Tsd. Euro																aktueller Haushaltsplan-Entwurf						
	2006	2006 *)	1.0	1.1	1.2	1.3	1.4	1.5	1.6	1.7	1.8	2	3.1	3.2	3.3	4	6	7	8.1	9.1	9.2	insgesamt	2006		
	Einnahmen																								
Hamburg verbleibende Steuern	7.300.000	7.300.000																					0	0	7.300.000
Steuern (vor Finanzausgleich)	7.730.000	7.730.000																					0	0	7.730.000
übrige laufende Einnahmen	1.530.297	1.386.551	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-248	0	0	0	6.715	0	0	0	0	0	6.216	12.683	1.399.234	
Verwaltungseinnahmen	968.155	847.342										-248				6.715							-248	847.094	
Zuschüsse und Zuweisungen	561.142	539.209																							
Bereinigte Betriebseinnahmen	8.830.297	8.686.551	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-248	0	0	0	6.715	0	0	0	0	0	6.216	12.683	8.699.234	
Spezielle Investitionseinnahmen	159.307	161.215																							552.140
Bereinigte Gesamteinnahmen	8.986.604	8.847.766	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-248	0	0	0	6.715	0	0	0	0	0	6.216	12.683	8.860.449	
Finanzausgleich	430.000	430.000																					0	0	430.000
Vermögensmobilisierung und Entnahmen aus Rücklagen/Stöcken	222.653	215.202																					0	0	215.202
Haushaltstechnische Verrechng.	9.887	9.887																					0	0	9.887
Kreditrücknahmen	650.000	650.000																					0	0	650.000
Gesamteinnahmen	10.302.144	10.152.855	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-248	0	0	0	6.715	0	0	0	0	0	6.216	12.683	10.165.538	
Ausgaben																									
Personalausgaben	3.485.524	3.408.820	0	0	2.624	1.108	1.052	941	1.822	820	1.203	-35	0	0	0	0	0	428	0	0	0	-10.022	-59	3.408.761	
Aktivbereich	2.450.675	2.373.971										-35													2.373.912
Versorgung	1.034.849	1.034.849										0													1.034.849
Schuldendienst und -hilfen	1.174.746	1.107.714	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1.107.714
Zinsen	1.072.076	1.016.576																							1.016.576
Tilgung	8.497	8.497																							8.497
Schuldendiensthilfen	94.173	82.641																							82.641
Sach- und Fachausgaben	4.079.807	4.058.021	0	0	433	454	402	506	648	535	29	-213	0	1.006	0	78.903	0	-7.153	0	236	-30.236	45.550	4.103.571		
Sozialhilfe	1.176.488	1.164.052																							1.229.486
Sonstige gesetzliche Leistungen	924.962	912.506																							925.975
übrige Sach- und Fachausgaben	1.976.357	1.981.463																							13.469
Globale Mehr- und Minderausg.	88.392	96.713																							-33.353
Bereinigte Betriebsausgaben	8.628.469	8.671.268	0	0	3.057	1.562	1.454	1.447	2.470	1.355	1.232	-248	0	786	0	78.903	0	-6.725	985	236	-75.331	11.183	8.682.451		
Investitionen	1.032.555	1.040.467																							62.405
Bereinigte Gesamtausgaben	9.861.024	9.711.735	0	0	3.057	1.562	1.454	1.447	2.470	1.355	1.232	-248	0	786	1.500	78.903	0	-6.725	985	236	-75.331	1.500	1.041.967		
Finanzausgleich	430.000	430.000																							430.000
Zuführungen an Rücklagen	11.120	11.120																							11.120
Haushaltstechnische Verrechng.	0	0																							0
Deckung von Fehlbeträgen	0	0																							0
Gesamtausgaben	10.302.144	10.152.855	0	0	3.057	1.562	1.454	1.447	2.470	1.355	1.232	-248	0	786	1.500	78.903	0	-6.725	985	236	-75.331	12.683	10.165.538		
Diff. Gesamtinn-/Gesamtausg.			0	0	-3.057	-1.562	-1.454	-1.447	-2.470	-1.355	-1.232	0	0	-786	-1.500	-72.188	0	6.725	-985	-236	81.547	0	0	0	
Verpflichtungsermächtigungen																									0
Finanzierungsalto	-871.420	-863.969	0	0	-3.057	-1.562	-1.454	-1.447	-2.470	-1.355	-1.232	0	0	-786	-1.500	-72.188	0	6.725	-985	-236	81.547	0	0	-863.969	
Betriebshaushalt	1.828	15.283	0	0	-3.057	-1.562	-1.454	-1.447	-2.470	-1.355	-1.232	0	0	-786	0	-72.188	0	6.725	-985	-236	81.547	1.500	16.783		
Investitionshaushalt	-873.248	-879.252	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1.500	0	0	0	0	0	0	-1.500	0	-880.752	

Anlage 1

*von der Bürgerschaft beschlossener Haushalt 15. Dezember 2004
 **Haushaltsplan 2006 incl. Aktualisierungen, Stand: 19. September 2006

Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)		Finanzstelle (Top Fistel)	Finanzposition	2006 Beträge in Tsd. EUR						Bemerkungen
				Neuer Ansatz 2006	Bisheriger Ansatz 2006	Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k. weniger (-)	Neue Grundbew. 2006	Bisherige Grundbew. 2006	Sp. 7 - Sp. 8 mehr (k. weniger (-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	13	
1.2. Bezirksamt Hamburg-Mitte										
Ausgaben										
1200 Zentral-Verwaltung und besondere Aufgaben										
Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter										
Vergütung der Angestellten										
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter										
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten										
Kostenanteil an den Beihilfen										
Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter										
Versorgungsbezüge der Angestellten										
Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 1.2										
Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellungsbundenen Personalausgaben im KR/D/NSM-Bereich des Einzelplans										
Bewirtschaftung der Grundstücke										
Mieten und Pachten										
Unterhaltung der Grundstücke										
Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben										
Sachaufwand für IuK-Maßnahmen										
Mehrausgaben im Zusammenhang mit der ARGE										
Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmengruppen werden auf vorhandene oder neu einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen										
Ersstattungen für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs										
Gesamtausgaben										
301 319 -18 3.057 0										
1.3. Bezirksamt Altona										
Ausgaben										
1300 Zentral-Verwaltung und besondere Aufgaben										
Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter										
Vergütung der Angestellten										
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter										
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten										
Kostenanteil an den Beihilfen										
Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter										
Versorgungsbezüge der Angestellten										
Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 1.3										
Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellungsbundenen Personalausgaben im KR/D/NSM-Bereich des Einzelplans										
Unterhaltung der Grundstücke										
Sachaufwand für IuK-Maßnahmen										
Mehrausgaben im Zusammenhang mit der ARGE										
Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmengruppen werden auf vorhandene oder neu einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen										
Ersstattungen für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs										
Gesamtausgaben										
186 200 -14 1.562 0										

Anlage 2

Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fistel)	Finanzposition	2006					Bemerkungen	
			Neuer Ansatz 2006	Bisheriger Ansatz 2006	Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k. weniger (-))	Neue Grundbew. 2006	Bisherige Grundbew. 2006		Sp. 7 - Sp. 8 mehr (k. weniger (-))
1	2	3	4	5	6	7	8	9	13
1.4. Bezirksamt Eimsbüttel									
Ausgaben									
1400 Zentral-Verwaltung und besondere Aufgaben									
Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	97.0.00000	01.4.1400.422.91	6.388	6.284	104				
Vergütung der Angestellten	97.0.00000	01.4.1400.425.91	19.563	19.449	114				
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	97.0.00000	01.4.1400.432.91	1.916	1.885	31				
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	97.0.00000	01.4.1400.435.91	1.763	1.753	10				
Kostenanteil an den Beihilfen	97.0.00000	01.4.1400.441.91	255	251	4				
Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	97.0.00000	01.4.1400.432.93	2.976	3.007	-31				
Versorgungsbezüge der Angestellten	97.0.00000	01.4.1400.435.93	538	548	-10				
Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 1.4	83.0.00000	01.4.1400.461.01	830	0	830				
Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellengebundenen Personalausgaben im KR/D/NSM-Bereich des Einzelplans									
Sachaufwand für IuK-Maßnahmen	83.0.00000	01.4.1400.535.56	188	201	-13				
Mehrausgaben im Zusammenhang mit der ARGE	83.0.00000	01.4.1400.547.06	420	0	420				
Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmengruppen werden auf vorhandene oder neu einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen									
Erstattungen für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs	83.0.00000	01.4.1400.671.55	219	224	-5				
Gesamtausgaben					1.454			0	
1.5. Bezirksamt Hamburg-Nord									
Ausgaben									
1500 Zentral-Verwaltung und besondere Aufgaben									
Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	97.0.00000	01.5.1500.422.91	8.828	8.761	67				
Vergütung der Angestellten	97.0.00000	01.5.1500.425.91	22.489	22.430	59				
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	97.0.00000	01.5.1500.432.91	2.649	2.629	20				
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	97.0.00000	01.5.1500.435.91	2.020	2.015	5				
Kostenanteil an den Beihilfen	97.0.00000	01.5.1500.441.91	350	347	3				
Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	97.0.00000	01.5.1500.432.93	2.641	2.661	-20				
Versorgungsbezüge der Angestellten	97.0.00000	01.5.1500.435.93	1.719	1.724	-5				
Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 1.5	84.0.00000	01.5.1500.461.01	812	0	812				
Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellengebundenen Personalausgaben im KR/D/NSM-Bereich des Einzelplans									
Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte, Ausstattungs- und sonstige Gebrauchsgegenstände	84.0.00000	01.5.1500.511.61	704	699	5				
Bewirtschaftung der Grundstücke	84.0.00000	01.5.1500.517.61	716	712	4				
Mieten und Pachten	84.0.00000	01.5.1500.518.61	3.678	3.665	13				
Unterhaltung der Grundstücke	84.0.00000	01.5.1500.519.61	179	178	1				
Sachaufwand für IuK-Maßnahmen	84.0.00000	01.5.1500.535.56	865	878	-13				
Mehrausgaben im Zusammenhang mit der ARGE	84.0.00000	01.5.1500.547.06	506	0	506				
Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmengruppen werden auf vorhandene oder neu einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen									
Erstattungen für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs	84.0.00000	01.5.1500.671.55	302	312	-10				
Gesamtausgaben					1.447			0	

Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fistel)	Finanzposition	2006						Bemerkungen
			Beträge in Tsd. EUR						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	13
			Neuer Ansatz 2006	Bisheriger Ansatz 2006	Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k. weniger (-)	Neue Grundbew. 2006	Bisherige Grundbew. 2006	Sp. 7 - Sp. 8 mehr (k. weniger (-)	
1.6. Bezirksamt Wandsbek									
Ausgaben									
1600 Zentral-Verwaltung und besondere Aufgaben									
Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	97.0.00000	01.6.1600.422.91	9.832	9.748	84				
Vergütung der Angestellten	97.0.00000	01.6.1600.425.91	27.914	27.795	119				
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	97.0.00000	01.6.1600.432.91	2.950	2.925	25				
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	97.0.00000	01.6.1600.435.91	2.512	2.501	11				
Kostenanteil an den Beihilfen	97.0.00000	01.6.1600.441.91	392	389	3				
Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	97.0.00000	01.6.1600.432.93	3.128	3.153	-25				
Versorgungsbezüge der Angestellten	97.0.00000	01.6.1600.435.93	1.933	1.944	-11				
Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 1.6	86.0.00000	01.6.1600.461.01	1.616	0	1.616				
Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellengebundenen Personalausgaben im KRDN/NSW-Bereich des Einzelplans									
Sachaufwand für IuK-Maßnahmen	86.0.00000	01.6.1600.535.56	214	234	-20				
Mehrausgaben im Zusammenhang mit der ARGE	86.0.00000	01.6.1600.547.06	684	0	684				
Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmengruppen werden auf vorhandene oder neu einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen									
Erstattungen für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs									
Gesamtausgaben	86.0.00000	01.6.1600.671.55	262	278	-16				
1.7. Bezirksamt Bergedorf					2.470				0
Ausgaben									
1700 Zentral-Verwaltung und besondere Aufgaben									
Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	97.0.00000	01.7.1700.422.91	5.295	5.278	17				
Vergütung der Angestellten	97.0.00000	01.7.1700.425.91	9.858	9.820	38				
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	97.0.00000	01.7.1700.432.91	1.620	1.615	5				
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	97.0.00000	01.7.1700.435.91	888	885	3				
Kostenanteil an den Beihilfen	97.0.00000	01.7.1700.441.91	216	215	1				
Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	97.0.00000	01.7.1700.432.93	2.030	2.035	-5				
Versorgungsbezüge der Angestellten	97.0.00000	01.7.1700.435.93	834	837	-3				
Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 1.7	87.0.00000	01.7.1700.461.01	764	0	764				
Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellengebundenen Personalausgaben im KRDN/NSW-Bereich des Einzelplans									
Bewirtschaftung der Grundstücke	87.0.00000	01.7.1700.517.61	507	497	10				
Mieten und Pachten	87.0.00000	01.7.1700.518.61	1.165	1.140	25				
Unterhaltung der Grundstücke	87.0.00000	01.7.1700.519.61	131	130	1				
Sachaufwand für IuK-Maßnahmen	87.0.00000	01.7.1700.535.56	117	123	-6				
Mehrausgaben im Zusammenhang mit der ARGE	87.0.00000	01.7.1700.547.06	508	0	508				
Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmengruppen werden auf vorhandene oder neu einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen									
Erstattungen für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs									
Gesamtausgaben	87.0.00000	01.7.1700.671.55	121	124	-3				0
					1.355				

2006									
Beträge in Tsd. EUR									
Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fiste)	Finanzposition	Neuer Ansatz 2006		Bisheriger Ansatz 2006		Neue Grundbew. 2006		Bemerkungen
			4	5	6	7	8	9	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	13
<u>1.8. Bezirksamt Harburg</u>									
Ausgaben									
1800 Zentral-Verwaltung und besondere Aufgaben									
Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	97.0.00000	01.8.1800.422.91	8.360	8.329	31				
Vergütung der Angestellten	97.0.00000	01.8.1800.425.91	19.861	19.861	65				
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	97.0.00000	01.8.1800.432.91	2.507	2.498	9				
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	97.0.00000	01.8.1800.435.91	1.793	1.787	6				
Kostenanteil an den Beihilfen	97.0.00000	01.8.1800.441.91	334	333	1				
Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	97.0.00000	01.8.1800.432.93	2.071	2.080	-9				
Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 1.8	97.0.00000	01.8.1800.435.93	1.542	1.548	-6				
Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellungsbundenen Personalausgaben im KR/D/NSM-Bereich des Einzelplans	88.0.00000	01.8.1800.461.01	1.106	0	1.106				
Sachaufwand für IuK-Maßnahmen									
Mehrausgaben im Zusammenhang mit der ARGE	88.0.00000	01.8.1800.535.56	167	183	-16				
Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmengruppen werden auf vorhandene oder neu einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	88.0.00000	01.8.1800.547.06	58	0	58				
Erstattungen für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs									
Gesamtausgaben	88.0.00000	01.8.1800.671.55	214	227	-13				
					1.232				0
<u>7: Behörde für Wirtschaft und Arbeit</u>									
Ausgaben									
7000 Zentralverwaltung									
Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	97.0.00000	07.0.7000.422.91	1.907	1.879	28				
Vergütung der Angestellten	97.0.00000	07.0.7000.425.91	2.020	1.969	51				
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	97.0.00000	07.0.7000.432.91	571	563	8				
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	97.0.00000	07.0.7000.435.91	225	220	5				
Kostenanteil an den Beihilfen	97.0.00000	07.0.7000.441.91	77	76	1				
Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	97.0.00000	07.0.7000.432.93	987	995	-8				
Versorgungsbezüge der Angestellten	97.0.00000	07.0.7000.435.93	591	596	-5				
Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 7.0	70.0.00000	07.0.7000.461.01	348	0	348				
Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellungsbundenen Personalausgaben im KR/D/NSM-Bereich des Einzelplans									
Mehrausgaben im Zusammenhang mit der ARGE									
Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmengruppen werden auf vorhandene oder neu einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	70.0.00000	07.0.7000.547.06	26	0	26				
7450 Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik									
Ausgaben									
Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt durch Fördermaßnahmen	70.0.00000	07.0.7450.684.01	33.622	40.415	-6.793				
Gesamtausgaben									0

2006													
1 Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	2 Finanzstelle (Top Fistel)	3 Finanzposition	Beträge in Tsd. EUR										
			4 Neuer Ansatz 2006	5 Bisheriger Ansatz 2006	6 Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k. weniger (-)	7 Neue Grundbew. 2006	8 Bisherige Grundbew. 2006	9 Sp. 7 - Sp. 8 mehr (k. weniger (-)	10	11	12	13 Bemerkungen	
9.2: Allgemeine Finanzverwaltung Einnahmen													
9890 Sonstige Einnahmen und Ausgaben Erstattungen des Bundes für Sach- und Personalausgaben der ARGE	90.0.00000	09.2.9890.231.01	32.216	26.000	6.216								
Gesamteinnahmen					6.216								0
Ausgaben													
9710 Personalausgaben - Nebenleistungen - Beihilfen	97.0.00000	09.2.9710.441.92	6.725	6.747	-22								
Gesamtausgaben					-22								

Ansatzänderungen im Rahmen der übrigen Nachbewilligungen

Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Titel/ Finanzposition	2006 Beträge in Tsd.EUR						Bemerkungen
		Neuer Ansatz 2006	Bisheriger Ansatz 2006	Sp. 6 - Sp. 7 mehr (k. Vorz.) weniger (-)	Neue Grundbew. 2006	Bisherige Grundbew. 2006	Sp. 9 - Sp. 10 weniger (-)	
1	3	6	7	8	9	10	51	
<u>2. Justizbehörde</u>								
Einnahmen								
2110 Ordentliche Gerichte								
Gerichtskosten Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.526.01	02.0.2110.111.51	93.300	93.300	0			neuer Haushaltsvermerk für 2006 (auch ab 2007 vorgesehen), um die sich z. B. aufgrund des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes ergebenden Mehrbedarfe durch die sich aus gleichem Rechtsgrund ergebenden Mehreinnahmen decken zu können.	
Einnahmen aus Mahnverfahren Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.511.01	02.0.2110.111.52	19.500	19.500	0			s. 2110.111.51	
Einnahmen aus Mahnverfahren des Landes Mecklenburg- Vorpommern	02.0.2110.111.56	837	1.085	-248			Anpassung an die Fallzahlentwicklung	
2190 Fachgerichte								
Gerichtskosten Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2190.526.01	02.0.2190.111.51	3.300	3.300	0			s. 2110.111.51	
Gesamteinnahmen								
				-248				
Ausgaben								
2110 Ordentliche Gerichte								
Vergütungen der Angestellten	02.0.2110.425.91	25.832	25.867	-35			Anpassung an die Fallzahlentwicklung	
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	02.0.2110.435.91	2.323	2.326	-3			Anpassung an die Fallzahlentwicklung s. 435.91	
Versorgungsbezüge der Angestellten	02.0.2110.435.93	847	844	3			Anpassung an die Fallzahlentwicklung	
Zustellkosten Mahnverfahren übertragbar	02.0.2110.511.01	8.417	8.630	-213			Zusätzlicher Haushaltsvermerk für 2006, um Mehrausgaben durch ursächlich damit zusammenhängende Mehreinnahmen decken zu können.	
Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.56								
Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.52								
Auslagen in Rechtssachen (einschließlich Reisekosten) übertragbar								
Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.51	02.0.2110.526.01	37.400	37.400	0			zusätzlicher Haushaltsvermerk für 2006; s. 2110.511.01	

Ansatzänderungen im Rahmen der übrigen Nachbewilligungen

Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Titel/ Finanzposition	2006 Beträge in Tsd.EUR						Bemerkungen
		Neuer Ansatz 2006 6	Bisheriger Ansatz 2006 7	Sp. 6 - Sp. 7 mehr (k. Vorz.) weniger (-) 8	Neue Grundbew. 2006 9	Bisherige Grundbew. 2006 10	Sp. 9 - Sp. 10 weniger (-) 11	
2190 Fachgerichte Auslagen in Rechtsachen (einschließlich Reisekosten) übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2190.111.51	3 02.0.2190.626.01	5.000	5.000	0				Zusätzlicher Haushaltsvermerk für 2006; s. 2110.511.01
Gesamtausgaben				-248				
3.2: Behörde für Wissenschaft und Forschung								
Ausgaben								
3400 Verwaltung								
Zuschuss an den Welt-Zukunftsrat	03.2.3400.686.01	500	0	500				Förderung des Welt-Zukunftsrats mit Staatsgeldern in den Jahren 2006 - 2008. Teildeckung 2006 aus Einzelplan 9.2 und BWF (jeweils 100 Tsd. EUR in 2006)
Übertragbar								
Zuwendungsanteil 100%								
3410 Förderung der außeruniversitären Forschung								
Zuschuss an die Stiftung Institut für die Geschichte der deutschen Juden	03.2.3410.685.12	492	475	17				Mehrkosten bei Miete und Zusatzversorgung
Zuschuss an die Stiftung Forschungsstelle für Zeitgeschichte	03.2.3410.685.20	1.042	1.000	42				Mehrkosten bei Miete und Zusatzversorgung
Zuschuss an das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg	03.2.3410.685.21	1.302	1.241	61				Mehrkosten bei Miete und Zusatzversorgung
3660 Hochschulübergreifende Wissenschafts- und Forschungsangelegenheiten								
Zuschuss an die TuTech Innovation GmbH	03.2.3660.682.01	697	311	386				Verlustübernahme durch die BWA (Patronatsklärung Drs. 17/3976)
Zentral veranschlagte Mittel für Innovationsmaßnahmen im Rahmen der "Drei-Säulen-Finanzierung"	03.2.3660.971.18	2.615	2.835	-220				Ausgleich für Mehrkosten bei 685.12, 685.20 u. 685.21 (120 Tsd. EUR) und 3400.686.01 (100 Tsd. EUR)
Gesamtausgaben				786				Ausgleich erfolgt aus Einzelplan 7 (386 Tsd. EUR), Einzelplan 9.2 (100 Tsd. EUR) und Gesamthaushalt (300 Tsd. EUR)

Ansatzänderungen im Rahmen der übrigen Nachbewilligungen

Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Titel/ Finanzposition	2006 Beträge in Tsd.EUR						Bemerkungen
		Neuer Ansatz 2006	Bisheriger Ansatz 2006	Sp. 6 - Sp. 7 mehr (k. Vorz.) weniger (-)	Neue Grundbew. 2006	Bisherige Grundbew. 2006	Sp. 9 - Sp. 10 weniger (-)	
1	3	6	7	8	9	10	11	51
<u>3.3: Kulturbehörde</u>								
Ausgaben								
3720 Allgemeine Kulturförderung Zuschuss für investive Instandsetzungsmaßnahmen bei Hagenbecks Tierpark	03.3.3720.892.06	1.500	0	1.500				Neuer Titel Es ist beabsichtigt, sich an den vom Tierpark Hagenbeck vorgesehenen Investitionen in Höhe von rd. 4,0 Mio. Euro mit einem Volumen von 1,5 Mio. Euro zu beteiligen. Der Investitionszuschuss soll insbesondere einer Reihe von investiven Instandsetzungs- und Restaurierungsmaßnahmen an den Felsenanlagen der Mährenspringer, Thar und Löwen sowie Maßnahmen zur Verbesserung der artgerechten Haltung im Tierpark dienen.
3800 Museen Unterhaltung der Außenanlagen Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 03.3.3800.231.75 neu: Einseitig deckungsfähig zugunsten 03.3.3800.811.75	03.3.3800.521.75	100	100	0				Durch die Einrichtung der einseitigen Deckungsfähigkeit soll sichergestellt werden, dass notwendige Fahrzeugbeschaffungen (z.B. Rasenmäher, kleinere LKW) nach der haushaltsrechtlichen Zuordnung in dieser Titelgruppe verbucht werden können. Es zeichnet sich ab, dass der Maschinenpark ergänzt bzw. erneuert werden muss.
Beschaffung von Fahrzeugen u.a. übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 03.3.3800.521.75	03.3.3800.811.75	0	0	0				Neuer Leerartikel Begründung siehe 03.3.3800.521.75
Gesamtausgaben		1.600	100	1.500				
<u>4: Behörde für Soziales und Familie</u>								
Einnahmen								
4610 Hilfen zum Lebensunterhalt Erstattungen für Kosten der Unterkunft durch den Bund	04.0.4610.231.05	137.581	130.866	6.715				Erst. des Bundes zu den Ausg. bei 4610.661.07
Gesamteinnahmen				6.715				
Ausgaben								
4450 Familienförderung Betriebsausgaben für die Förderung der Erziehung in der Familie - Zweckzuweisung an die Bezirke	04.0.4450.671.86	4.788	4.446	342				Mehrbedarf bei den Gemeinsamen Wohnformen nach der gestiegenen Inanspruchnahme 2005 u. 2006

Ansatzänderungen im Rahmen der übrigen Nachbewilligungen

Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Titel/ Finanzposition	2006 Beträge in Tsd.EUR										Bemerkungen
		Neuer Ansatz 2006 6	Bisheriger Ansatz 2006 7	Sp. 6 - Sp. 7 mehr (k. Vorz.) weniger (-) 8	Neue Grundbew. 2006 9	Bisherige Grundbew. 2006 10	Sp. 9 - Sp. 10 weniger (-) 11					
4460 Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige Betriebsausgaben für Hilfen zur Erziehung - Zweckzuweisung gem. § 27 BezVG -	04.0.4460.671.86	144.795	137.024	7.771								Mehrbedarf bei den Familienunterstützenden Hilfen nach der gestiegenen Inanspruchnahme 2005 u. 2006
4500 Kindertagesbetreuung												
Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen	04.0.4500.671.01	315.750	310.394	5.356	311.428	306.072	5.356					Mehrbedarf aufgrund des Anstiegs betreuter Kinder im Kita-Gutschein-System
4610 Hilfen zum Lebensunterhalt												
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	04.0.4610.681.01	10.630	10.973	-343								
Hilfe z. Lebensunterh., Kosten d. Unterkr. u. Heiz. n.d. SGB II	04.0.4610.681.07	472.787	449.710	23.077								
Hilfe z. Lebensunterh., Kost. d. Unterkr. u. Heiz. n. Kap. 3 SGB XI	04.0.4610.681.08	10.943	10.180	763								
Hilfe z. Lebensunterh., Kost. d. Unterkr. u. Heiz. n. Kap. 4 SGB XI	04.0.4610.681.09	57.064	52.948	4.116								
Hilfe zum Lebensunterhalt, einmalige Bedarfe n. d. SGB XII	04.0.4610.681.11	11.030	10.504	526								
Bedarfsorientierte Grundsicherung - amb. - ohne Kost. d. Unterkr.	04.0.4610.681.30	33.390	30.795	2.595								
4630 Gesundheitshilfen												
Krankenhilfe für Hilfeberechtigte allgemein -stationär-	04.0.4630.671.01	32.688	15.884	16.804								
Krankenhilfe für Hilfeberechtigte allgemein -offen -	04.0.4630.681.01	34.812	16.916	17.896								
Gesamtausgaben				78.903			5.356					
6. Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt												
6300 - Verkehr und Straßenwesen												
Einnahmen												
Erlöse aus der Veräußerung von VWV-Verkehrsschildern u.Ä. Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei	06.0.6300.132.01	-	0	0								Neuer Titel
Gesamteinnahmen				0								
Ausgaben												
Spenden an karitative Einrichtungen Übertragbar	06.0.6300.546.01	-	0	0								Neuer Titel
Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei	06.0.6300.132.01											
Gesamtausgaben				0								

Ansatzänderungen im Rahmen der übrigen Nachbewilligungen

Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Titel/ Finanzposition	2006 Beträge in Tsd.EUR								Bemerkungen	
		Neuer Ansatz 2006	Bisheriger Ansatz 2006	Sp. 6 - Sp. 7 mehr (k. Vorz.) weniger (-)	Sp. 8	Neue Grundbew. 2006	Bisherige Grundbew. 2006	Sp. 9 - Sp. 10 weniger (-)	Sp. 11		
7.0: Behörde für Wirtschaft und Arbeit Ausgaben	3										51
7300 Wirtschaft, Luftverkehr und Schifffahrt											
Clusterorientierte Wirtschaftspolitik	07.0.7300.683.02	1.044	1.330	-286							Absenkung wegen der Patronatsklärung. Zahlung erfolgt aus dem Einzelplan 3.2 (3660.682.01).
Maßnahmen zur Förderung des Handwerks, anderer kleiner und mittlerer Unternehmen sowie von Existenzgründungen	07.0.7300.686.12	89	189	-100							Absenkung wegen der Patronatsklärung. Zahlung erfolgt aus dem Einzelplan 3.2 (3660.682.01).
Förderung der Mikroelektronik-Anwendung	07.0.7300.891.03	203	0	203							Steuernachzahlung cbs
Innovative, mittelständische FuE-Projekte im Rahmen der wachsenden Stadt	07.0.7300.892.03	1.597	1.800	-203							Steuernachzahlung cbs
Gesamtausgaben				-386							
<u>Epl. 8.1 Behörde für Inneres</u>											
Ausgaben											
8000: Allgemeine Verwaltung											
Globale Mehrausgaben für Sicherheitsmaßnahmen Fußball- Weltmeisterschaft	08.1.8000.971.01	3.888	2.903	985							Abgeltung zusätzlicher Überstunden bei der Polizei
Gesamtausgaben				985							
<u>9.1 - Finanzbehörde</u>											
Ausgaben											
9090 Organisation											
Dienstleistungshonorar für das Immobilienzentrum im Rahmen des Managements öffentlicher Gebäude	09.1.9090.535.01	584	348	236							
Gesamtausgaben				236							
<u>9.2 - Allgemeine Finanzverwaltung</u>											
Ausgaben											
9700 Zentral veranschlagte Personalkosten											
Zentral veranschlagte Personalausgaben	09.2.9700.461.01	48.441	58.441	-10.000							
Mehrbedarf für Landesbetriebe, Zuwendungsempfänger	09.2.9700.682.02	5.100	35.100	-30.000							
9890 Sonstige Einnahmen und Ausgaben											
Grundsteuer	09.2.9890.517.05	3.630	3.866	-236							
Rückstellung für Mehraufwendungen	09.2.9890.971.03	19.359	54.332	-34.973							
Innovationsfonds Wachsende Stadt	09.2.9890.971.10	3.588	3.688	-100							Teildeckung für Zuschuss an Welt-Zukunftsrat, siehe 03.2.3400.686.01
Gesamtausgaben				-75.309							

Stand 21.08.06

Anlage 4

Stellenveränderungen

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
Stellenneuschaffungen				
1.	1200	2,00	Amtsärztin/Amtsrat A 12	Zusätzliche Stellenausstattung für die ARGE
2.	1200	9,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10	
3.	1200	6,00	Regierungsinspektorin/Regierungsoberinspektor A 9	
4.	1200	5,00	Regierungshauptsekretärin/Regierungshauptsekretär A 8	
5.	1300	1,00	Amtsärztin/Amtsrat A 12	
6.	1300	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtman A 11	
7.	1300	4,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10	
8.	1300	1,00	Regierungsinspektorin/Regierungsoberinspektor A 9	
9.	1400	2,00	Amtsärztin/Amtsrat A 12	
10.	1400	5,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10	
11.	1400	3,00	Regierungsinspektorin/Regierungsoberinspektor A 9	
12.	1400	1,00	Regierungshauptsekretärin/Regierungshauptsekretär A 8	
13.	1500	3,00	Amtsärztin/Amtsrat A 12	
14.	1500	2,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10	
15.	1500	1,00	Regierungsinspektorin/Regierungsoberinspektor A 9	
16.	1500	1,00	Regierungshauptsekretärin/Regierungshauptsekretär A 8	
17.	1600	1,00	Amtsärztin/Amtsrat A 12	
18.	1600	4,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10	
19.	1600	3,00	Regierungsinspektorin/Regierungsoberinspektor A 9	
20.	1600	2,00	Regierungshauptsekretärin/Regierungshauptsekretär A 8	
21.	1700	2,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10	
22.	1700	1,00	Regierungshauptsekretärin/Regierungshauptsekretär A 8	
23.	1800	2,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtman A 11	
24.	1800	1,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10	
25.	1800	2,00	Regierungsinspektorin/Regierungsoberinspektor A 9	

26.	1800	1,00	Regierungshauptsekretärin/Regierungshauptsekretär A 8
27.	7450	1,00	Amtsärztin/Amtsarzt A 12
28.	7450	2,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10
29.	7450	1,00	Amtsinspektorin/Amtsinspektor A 9
30.	7450	2,00	Regierungshauptsekretärin/Regierungshauptsekretär A 8

Stellenhebungen

31.	1200	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11 nach Amtsärztin/Amtsarzt A 12	Stellenhebungen für die ARGE
32.	1200	1,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10 nach Amtsärztin/Amtsarzt A 12	
33.	1200	1,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10 nach Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11	
34.	1200	1,00	Regierungsinspektorin/Regierungsinspektor A 9 nach Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11	
35.	1300	2,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10 nach Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11	
36.	1300	1,00	Regierungsinspektorin/Regierungsinspektor A 9 nach Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11	
37.	1400	1,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10 nach Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11	
38.	1600	2,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10 nach Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11	
39.	1700	1,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10 nach Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11	
40.	1700	1,00	Regierungsinspektorin/Regierungsinspektor A 9 nach Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11	